

Laudatio
von
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
zur Verleihung des
Sächsischen Demokratiepreises
am 7. November 2014 in Leipzig

Anrede

für mich als Kuratoriumsmitglied der Sebastian-Cobler-Stiftung ist es eine große Ehre, zur Verleihung des Sächsischen Förderkreises für Demokratie die Laudatio zu halten.

Der Sächsische Demokratiepreis unterscheidet sich von den in Deutschland ja recht zahlreich verliehenen Preisen dadurch, dass nicht prominente Persönlichkeiten, sondern sechs Initiativen aus der Gesellschaft ausgezeichnet werden.

Initiativen, die es als ihre Verantwortung und Aufgabe ansehen, sich um diejenigen zu kümmern, über die zwar öffentlich viel geredet, denen aber oft nicht wirklich geholfen wird. Menschen anderer Herkunft, anderen Glaubens, anderer sexueller Orientierung. Menschen also, die immer mit Blick auf die Mehrheitsgesellschaft als „anders“, als Minderheiten angesehen werden.

Auch wenn die Würde des Menschen in Deutschland als Menschen- und nicht als Deutschenrecht nach Art. 1 GG für unantastbar erklärt und unter den Schutz jeder staatlichen Gewalt gestellt wird, sieht die Realität oft anders aus.

LGBTI – Menschen werden von nicht kleiner werdenden Teilen der Bevölkerung mit Misstrauen, oft als krank und schräg angesehen. Der Ausübung anderer als der christlichen Religionen wird mit Vorurteilen und tiefsitzendem Ressentiment begegnet. Statt mit wohlwollender Empathie werden Flüchtlinge und Asylbewerber nicht selten mit „Das Boot ist voll“ alles andere als herzlich begrüßt.

Von der grundgesetzlich geforderten Achtung und dem Schutz durch die staatliche Gewalt ist angesichts von alltäglichen Pöbeleien, Beleidigungen, Drohungen und Einschüchterungen bis hin zu sogenannten ausländerfreien Zonen und Verdächtigungen von Opfern, wie bei den Morden der NSU, nur wenig, manches mal auch gar nichts zu sehen und zu spüren.

Mit diesem Vakuum an Menschenwürdeschutz wollen sich die hier und heute ausgezeichneten Initiativen, die überwiegend von ehrenamtlicher Tätigkeit getragen werden, nicht abfinden. Dank ihres Engagements, dank ihrer tatkräftigen Hilfen und ihres Einsatzes für diese Menschen halten sie der Mehrheitsgesellschaft den Spiegel vor, rütteln die Politik und Politiker auf, machen Versäumnisse sichtbar und beschämen die Verantwortlichen.

Ohne die den Sächsischen Demokratiepreis tragenden Organisationen wäre das schwieriger und deshalb sei ihnen im Namen aller Demokraten Dank ausgesprochen.

Es war, sehr geehrte Damen und Herren, vor rund 23 Jahren, als am 17. September 1991 im sächsischen Hoyerswerda eine unvorstellbare Serie von Brandanschlägen gegen Flüchtlingsheime und von Gewalt im öffentlichen Raum gegen Asylbewerber mit vielen Toten und noch mehr Verletzten begann. Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, nationaler Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit brachen sich Bahn in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz und an vielen Orten in ganz Deutschland. Die Zivilgesellschaft reagierte mit antifremdenfeindlichen Protesten und mit Lichterketten. Auch die Politik gab sich betroffen und fürchtete um das internationale Ansehen Deutschlands. Statt aber aus den Fehlern der Vergangenheit, nämlich der realitätsblinden Beharrung darauf, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, zu Gunsten einer verstärkten Integrationspolitik die Lehren zu ziehen, zog die Politik es angesichts von 500.000 Flüchtlingen pro Jahr vor, die Metapher vom „vollen Boot“ zu bemühen und panisch mit der massiven Einschränkung des Grundrechts auf Asyl zu reagieren.

Und heute? Ist das alles vergessen? Hat die Politik außer der Grundgesetzänderung sonst keine Lehren gezogen? Hat man damals wirklich gedacht, mit der Einschränkung des Art.16 GG sei Deutschland für die Zukunft gewappnet?

Hat man wirklich angenommen, dass sich nach der Änderung des Grundgesetzes das Flüchtlingsproblem erledigt habe, dass in naher und ferner Zukunft keine oder nur noch wenige Flüchtlinge in Deutschland um Aufnahme und Schutz nachsuchen werden?

Konnte man wirklich glauben, dass mit einer rigiden Einwanderungspolitik dem Rechtsextremismus, der Intoleranz gegenüber Minderheiten und dem nationalen Chauvinismus ein für alle mal der Boden entzogen sei?

Nein, sehr geehrte Damen und Herren, man hätte schon damals wissen können und mancher hat es ja auch gewusst, dass diese einfache Gleichung nicht stimmt.

Heute ist es fast eine Binsenweisheit, dass in Gegenden mit ethnisch und kulturell weitgehend homogener Bevölkerungsstruktur Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit nicht geringer ausgeprägt sind, als in sozialen Brennpunkten. Die Behauptung, Ausländer nähmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg, entfaltet auch dort ihre agitatorische Kraft, wo sie faktisch widerlegt, wo der Mangel an Arbeitsplätzen ein eher randständiges Problem ist. Nein, es ist zu wenig von Seiten der Politik in den letzten 20 Jahren getan worden, um in Deutschland eine wirklich gelebte Willkommenskultur, Respekt und Integrationsbereitschaft auf beiden Seiten, der Migranten und der Deutschen, zu fördern.

Die Flüchtlingspolitik war bestimmt von den Dublin I- und Dublin II-Abkommen, die sich bezeichnenderweise nicht mit dem Schicksal der Flüchtlinge, sondern im Wesentlichen mit der Frage befassen, welches europäische Land für das Asylverfahren die Allzuständigkeit und Letztverantwortung besitzt. Man hat sich geeinigt auf das Land, in dem die Flucht der Flüchtlinge endet, in dem sie ankommen, in dem sie erstmals europäischen Boden betreten. Mit der absehbaren Folge, dass alle anderen Staaten, so auch Deutschland, ein Interesse daran haben, dass Flüchtlinge nicht weiterreisen dürfen. Noch in diesem Jahr hat die für Europa zuständige bayerische Staatsministerin die italienische Regierung aufgefordert, die Grenzen zu schließen und die Ausreise von Flüchtlingen zu unterbinden. Damit verfällt sie heute in den gleichen Jargon, den sich das sächsische Landekriminalamt bereits 1991 zu eigen machte, als es von der „einheitlichen Auffassung“ sprach, der zufolge eine „endgültige Lösung des Flüchtlingsproblems nur durch die Ausreise“, das heißt, durch die Abschiebung „der Ausländer geschaffen werden könne.“

Kurzum, sehr geehrte Damen und Herren, in Deutschland und Europa wurde und wird seit Jahren mehr über die Einschränkung der Freizügigkeit debattiert als über eine rationale europäische Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, die alle Mitgliedstaaten in die Verantwortung nimmt und die Flüchtlinge und deren Schicksal in den Mittelpunkt

stellen. Eine vertane Chance angesichts der in den letzten Jahren auf 20 bis 40 000 gesunkenen Flüchtlingszahlen. Die Realität ist, dass es trotz der in den zurückliegenden Jahren niedrigen Flüchtlingszahlen in Deutschland immer wieder Übergriffe auf Menschen gegeben hat, die als Ausländer angesehen wurden, auch wenn sie längst eingebürgert waren, also einen deutschen Pass besaßen.

„Die Militanz des deutschen Rechtsextremismus ist unverändert hoch, was sich insbesondere an der anhaltend hohen Zahl an Gewalttaten und in der gewaltfördernden Hetze gegen diverse Feindgruppen, allen Voran „Fremde“ und politische Gegner zeigt.“
(Verfassungsschutzbericht 2013)

Die NPD ist zwar schwächer geworden und blieb bei den letzten drei Landtagswahlen auch hier in Sachsen unter 5 % . Die rechtsradikale Szene hat sich aber breiter organisiert. Neonazis setzen nicht mehr so sehr auf die NPD, sie organisieren sich in sogenannten Kameradschaften und gründen neue Parteien. Machtdemonstrationen wie dieses Jahr am 1. Mai im sächsischen Plauen vom „ Freien Netz Süd“ organisiert und von den bayerischen Neonazis tatkräftig unterstützt zeigen das gewachsene Selbstbewusstsein der rechten Szene. Der neue Name der Bewegung: „ Der Dritte Weg“ . Ein neuer Ansatz oder dieselbe menschenverachtende Ideologie in anderem Gewand? Zwei Änderungen sind festzustellen:

Einmal in der Form. Zur offline hat sich die online Agitation gesellt: Schneeberg, Plätz, Marzahn-Hellersdorf, Greiz oder Königs Wusterhausen – in vielen Kleinstädten und im Netz läuft die Hetze gegen Flüchtlinge in diesem Jahr auf Hochtouren. Das ist eine bedeutsame Änderung. Die Hetze online besonders im sozialen Netzwerk Facebook spielt eine wichtige Rolle. Auf selbst gegründeten Facebook Seiten und in entsprechenden Gruppen wird der Protest koordiniert und Stimmung gemacht.

Es brennen jetzt keine Unterkünfte, Rostock-Lichtenhagen und Solingen wiederholen sich in dieser Dimension nicht. Aber täuschen wir uns nicht: Die Ideologie ist langlebig, der Rassismus und Rechtsextremismus ist nach wie vor in zirka 20 % der Bevölkerung verankert.

Zum anderen hat sich die Qualität der Angriffe verändert. Nicht nur die Flüchtlinge sind bevorzugtes Ziel der neonazistischen Ausschreitungen, sondern jetzt werden die Salafisten geschickt strategisch benutzt. Man setzt auf die Angst der Bürgerinnen und

Bürger vor den militanten Islamisten und vor dem IS-Terror und sieht dadurch breitere Unterstützung in der Bevölkerung für diese Haltung.

Die rechtsextreme und gewaltbereite Szene hat sich verbreitert. Hooligans, bisher eher als Fussballfan – Rowdys mit Gewaltpotenzial in den Fußballstadien und auf dem Weg zu den Spielen ihrer Clubs bekannt und berüchtigt, haben sich mit Rechtsextremen verbündet. Zu sichtbaren Exzessen kam es kürzlich vor dem Kölner Dom, wo am 25. Oktober zirka 4000 bis 5000 größtenteils gewaltbereite Hooligans und mehrere Hunderte Rechtsextreme sich unter dem Motto „Hooligans gegen Salafisten,, abgekürzt HoGeSa, versammelt hatten und den Kölner Bahnhofsvorplatz in ein Schlachtfeld verwandelten mit am Ende 49 verletzten Polizisten.

War der Staat davon wirklich überrascht?

War dieses neue gemeinsame Agieren pöbelnder, saufender und prügelnder Fanclubs und den in Straßenkämpfen erprobten neonazistischen Gruppen so unerwartet für die Polizei in Nordrhein –Westfalen, dass sie nur schwer Herr der Situation werden konnte? Die so häufig als Entschuldigung gewählte Behauptung, dass man damit nicht habe rechnen können, entpuppt sich als falsch. Im Gegenteil, die Entwicklung hat sich seit Monaten in den sozialen Netzwerken angekündigt. Das Feindbild Salafismus dient den rechten Hooligans schon seit einiger Zeit dazu, Anschluss an die Meinung und die zu Recht mit dem Salafismus verbundenen Sorgen und Befürchtungen der Mehrheitsgesellschaft zu finden. Vielleicht ist das Thema Salafismus nur vorgeschoben, wie einige Experten sagen, um eine breite rechtsextreme Agenda gesellschaftlich durchzusetzen, auch in der Fankultur.

Der Rechtsradikalismus-Experte Bernd Wagner bewertet die Entwicklung aber grundsätzlicher und betont, dass die rechten Aktivisten den Eindruck vermitteln wollen, dass sie die aufrechten Deutschen seien, die das wagen, was der Staat sich nicht traut. Sie gerieren sich als Volksmiliz, als die Vollstrecker des vermeintlichen Volkswillens. Diese Entwicklung kommt nicht von heute auf morgen, auch wenn manch Verantwortliche für die innere Sicherheit genau diesen Eindruck zu erwecken suchen. Fehleinschätzungen und auch die ständig wiederkehrende Behauptung, es habe sich um alkoholisierte Einzeltäter gehandelt, sind immer wieder benutzte Erklärungsmuster, die nicht tragen.

Das alles, sehr geehrte Damen und Herren, gibt ein düsteres, aber realistisches Bild von

Deutschland. Nicht zuletzt haben die Vorgänge um den NSU und das Versagen der Sicherheitsbehörden dieses Bild geprägt.

Eine Mordserie mit 10 Toten, zahlreichen Banküberfällen und Sprengstoffanschlägen wurden von Mitgliedern des Heimatschutzbundes in Thüringen, aus dem später der Nationalsozialistische Untergrund hervorging, über viele Jahre, begangen und wurde erst im November 2011, elf Jahre nach dem ersten Mord, aufgedeckt. Nach und nach wurde das Unvorstellbare deutlich: Ein aus Fahndungsspannen und dilettantischen Ermittlungen bestehendes Versagen mehrerer Verfassungsschutzämter der Länder, denen die Hauptakteure sogar zum Teil bekannt waren. Mit dem Vorwand der effektiven Beobachtung und Lagebildgewinnung wirkten Mitarbeiter des Verfassungsschutzes mit den Rechtsextremen, die bis auf ganz wenige nicht der NPD angehörten, zusammen. V-Leute und Angehörige staatlicher Sicherheitsorgane woben ein unerträgliches Netz, Aktenvernichtungen, Halbwahrheiten und ein rechtes blindes Auge verursachten den größten Skandal der Sicherheitsbehörden in Deutschland seit der deutschen Einheit. Jahrelang wurde zwar von allen beteiligten Polizei – und Verfassungsschutzbehörden ermittelt, aber exakt in die falsche Richtung (Ziercke, 2012, BKA Tagung zu Rechtsextremismus). Im Focus waren organisierte Kriminalität, ausländische Drogenkriminelle mit Einbeziehung der Opfer, aber kein wirklicher Blick auf den rechtsextremen Hintergrund des hauptverdächtigen Trios. NSU – Untersuchungsausschüsse mehrerer Landtage und des Deutschen Bundestages, Sonderermittler und Aufklärer belegen dieses Totalversagen. Doch bis heute sind daraus kaum Konsequenzen gezogen.

Ich erwähne das, weil sich daraus nach wie vor eine eklatante Schwäche des Staatshandelns ergibt und zu weite Räume den Rechtsextremen, den Neonazis und ihren Kameradschaften und den rechtsextremen Parteien überlassen werden, die sie strategisch nutzen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, wie sich die rechtsextreme Gewaltszene halten und entwickeln kann.

Prävention ist angesagt. Aber sie ist nicht attraktiv, so wenig politikfreundlich. Sie erzeugt keine Schlagzeilen, vermittelt nicht das Bild vom harten durchgreifenden Politiker, der mit neuen Strafgesetzen, mit mehr Überwachung, Speicherung und Verwertung von Daten, mit mehr Ermittlungsinstrumenten im Handwerkskoffer seine Entschlossenheit demonstrieren kann.

Prävention ist angesagt. Dafür brauchen wir mehr Geld zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Projekte. Gerade einmal 30 Millionen EURO sind im Bundeshaushalt eingestellt. Eine allzu dürftige Summe, wenn man bedenkt, dass für Infrastrukturinvestitionen 10 Mrd. Euro für die nächsten Jahre vorgesehen sind. Es sollte mehr in Menschen und etwas weniger in Beton investiert werden
Nochmal: Prävention ist angesagt:

- Keine KITA in der nicht Fairness, in der nicht Toleranz und Frustrationstoleranz eingeübt und vermittelt werden;
- Keine Schule in der nicht Respekt vor dem Anderen in seiner Eigenart und seinem Anderssein, in der nicht neben dem demokratischen auch das freiheitliche Moment unserer Grundordnung vermittelt und vorgelebt wird;
- Kein Verein, der sich bei der Verfolgung seines Zwecks nicht auch der Antidiskriminierung von Minderheiten und deren Integration verpflichtet fühlt;
- Keine Kommune, die sich nicht der Aufgabe stellt, die Ausbreitung extremistischen Gedankenguts und die Anwendung fremdenfeindlich motivierter Gewalt zu unterbinden. Die sich in möglichst unbürokratischer Art und Weise der Entschärfung von Konflikte widmet, Hilfe gewährt und Unterstützung bei der Integration von Minderheiten anzubieten in der Lage ist.

Ich weiß, sehr geehrte Damen und Herren, es ist noch ein weiter Weg bis zu diesem idealen Zustand. Aber genau deshalb ist der Sächsische Demokratiepreis, den wir heute verleihen, so wichtig.

Ausgezeichnet werden Projekte, die allesamt beispielgebend wichtige Pflastersteine dieses Weges bilden.

Darunter dieses mal auch eine Kommune, die Kommune Dresden Laubergast/Leuben, die sich als Partner örtlicher Bürgernetzwerke in vorbildlicher Weise dem Kampf gegen die Existenz, die Agitation und das Handeln rechtsextremer Kreise verschrieben hat. Sie alle wirken präventiv, hinterlassen deutliche Spuren im gesellschaftlichen Bewusstsein.

Und es besteht begründeter Anlass zu der Hoffnung, dass die in letzter Zeit deutlich gewachsene zivilgesellschaftliche Unterstützung des Kampfes gegen jede Form des Extremismus dessen Erfolg nachhaltig befördern wird.

Alle ausgezeichneten Projekte tragen dazu bei, die Jugend dafür zu gewinnen, an einer gesellschaftlichen Zukunft mitzuwirken, in der Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiislamismus und Homophobie keinen Platz mehr haben werden. Einer gesellschaftliche Zukunft, die durch Menschenrechtsfreundlichkeit ausgezeichnet ist.